

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend
Wilsdruff-Dresden
Verleger: W. H. Schmidt
Druck: W. H. Schmidt

Verleger: W. H. Schmidt
Druck: W. H. Schmidt
Wilsdruff-Dresden

Nr. 227. 84. Jahrgang. Dienstag, 29. September 1925

Das Handwerk.

Es ging dem Handwerk „gut“ in der Inflationszeit; aber als die Währungsstabilisierung den Papierseiler zerriss, da zeigte sich dem Bild der Beteiligten, daß sie gerade so Opfer der Inflation geworden waren wie die anderen Wirtschaftsklassen. Erreichte ist nun aber, daß man nicht sofort nach dem „Baler Staat“ schrie, sondern selbst kräftig die Arme regte. Daß ein besonderer Reichskommissar für Fragen des Handwerks geschaffen wurde, ist zu begrüßen angesichts der Tatsache, daß die Eingriffe und Beeinträchtigungen des Staates sehr viel weitergehende und unbestimmtere, noch nicht gesetzlich festgelegte sind, als das früher der Fall war. Erinnert sei hierfür nur z. B. an die Tariffragen, die Lehrlingsausbildung und anderes.

Nun ist die schon so lange geforderte **Reichshandwerksordnung** wenigstens in Arbeit, allerdings über Referentenentwürfe noch nicht hinausgekommen. In ihr sollen nicht bloß die Fragen des materiellen Rechts behandelt werden, soweit die wirtschaftliche Betriebsform des Handwerks davon berührt wird, sondern vor allem die organisatorischen Fragen. Mit der einfachen Forderung der Zwangsinnung ist das aber nicht abgetan, sondern dieser Begriff muß ausgedehnt werden. Damit werden die alten Streitfragen wieder aufgerollt, wie die des Befähigungsnachweises, der Verechtigung und Ausdehnung der Lehrlingsbeschäftigung usw.

Außerdem liegen die Dinge nicht mehr so einfach wie vor dem Kriege. Die handwerkliche Produktion ist abgekehrt auf die Befriedigung individueller Bedürfnisse, die ein Fabrikbetrieb nicht leisten kann. Die wirtschaftliche Entwicklung hat es aber mit sich gebracht, daß auch im Handwerk — wir denken dabei besonders an das Bau- und Tischlerhandwerk — die verschiedensten Betriebsgrößen entstanden sind, deren Bedürfnisse natürlich ebenso verschieden sind, während früher der Klein- oder höchstens Mittelbetrieb die Regel war.

Durch den modernen Fabrikbetrieb ist aber der Befriedigung der individuellen Bedürfnisse in ständig wachsendem Maße Rechnung getragen, wird also dem Handwerk auf seinem ureigensten Gebiete schärfste Konkurrenz bereitet. Das hat freilich auch wieder seine Grenzen, weil die allgemeine wirtschaftliche Lage besonders in Deutschland die Rationalisierung des Fabrikbetriebes verlangt und daher auf Produktion von Massenartikeln hindrängt. Daher hat das Handwerk volkswirtschaftlich seine ganz bestimmten Aufgaben: es ist durchaus nicht die „durch die wirtschaftliche Entwicklung überholte Betriebsform“, wie man häufig hört. Außerdem besteht seine Hauptaufgabe, die Heranbildung qualifizierter Arbeiter, nach wie vor, ebenso die andere, soziale Aufstiegsmöglichkeiten zu eröffnen.

Wenn durch die neue Handwerksordnung nun die Zwangsinnungen reiflos durchgehört werden sollen, so entspricht ja das dem Zug der Zeit nach Organisation, stellt nichts Künstliches dar. Natürlich wird dann die auch in anderen Berufskreisen durchgeführte Landes- bzw. Reichsorganisation sachverbandsmäßig die untersten Gruppen, also die Innungen, zusammenfassen. Ebenso soll die Beteiligung der Gesellen — bisher in Gesellenvereinen bei den Innungen — anders geregelt werden, indem den Gesellen eine stärkere Vertretung als bisher gewährt wird. Das ist gerade beim Handwerk, wo das Verhältnis zwischen dem Meister als Arbeitgeber und dem Gesellen als Arbeitnehmer ein viel engeres, verständlicheres ist als im Fabrikbetrieb, eine nicht künstlich-theoretische, sondern in den Verhältnissen begründete Absicht.

Besonders schwierig wird — wie früher — die rechtliche Abgrenzung zwischen Industrie und Handwerk sein, muß aber schon deswegen gefunden werden, weil die neuen Organisationen große finanzielle Aufgaben haben werden. So liegen beispielsweise für Unfall- und sonstige Versicherungen die Dinge im handwerklichen Betriebe ganz anders als im Fabrikbetriebe und es ist ein alte Klage des Handwerks, daß es auf diesem Gebiet die größeren Risiken der Fabriken mittragen müsse. Weiter werden die neuen zusammenschließenden Organisationen mit als ihre Hauptaufgabe die Behebung der Kreditnot haben, wie das in der Landwirtschaft schon durchgeführt ist. Daß dann die Innungen bzw. die Fachverbände praktisch auch preisregulierend eingreifen werden, wird sich kaum vermeiden lassen, mag auch bezweckt werden; Ausschreitungen werden dabei aber sehr leicht verhindert werden durch die wirtschaftlich natürliche Konkurrenz des Fabrikbetriebes. Das Handwerk muß auch aus mancher Erfahrung und aus dem Ernst der Gegenwart erkennen, daß es die Eifersüchteleien und den oft kurzfristigen Konkurrenzneid schnellstens im Interesse des Ganzen überwinden und im Kampf ums Dasein nicht gegeneinander, sondern nebeneinander stehen muß.

Buntspruch an den Kreuzer „Berlin“.

Miel, 27. September. Der Reichswehrminister sandte nachfolgenden Buntspruch an den auf einer Auslandsreise befindlichen Kreuzer Berlin: Ich wünsche dem Kreuzer und seiner Besatzung glückliche Reise und Heimkehr. Ich erwarte, daß die deutsche Flotte im Ausland, wie im Vorjahre, mit Würde und erfolgreich gezeigt wird.

Ueberreichung der deutschen Antwortnote.

Entscheidend oder unverbindlich?

n. Berlin, 26. September.

Wird die Sicherheitspaktkonferenz in Luzern oder Locarno — der Ort steht noch immer nicht fest — schon entscheidende Beschlüsse fassen oder soll sie sich nur auf unverbindliche Besprechungen zwischen den deutschen, englischen, französischen Ministern beschränken? Das ist die Frage, die hier heute die politischen Gemüter erhitzt. Während in der Reichspresse als selbstverständlich betont wird, es könne sich nur um nicht bindende Beratungen handeln, wird von entgegengelegter Seite ebenfalls bestimmt gesagt, es sei natürlich richtig, daß die deutschen Unterhändler nicht bezeugt seien, einen Sicherheitsvertrag zu unterzeichnen. Das wäre nach der Verfassung des Deutschen Reiches nicht möglich. Ein Vertrag kann nur mit Zustimmung des Reichstages und durch den Reichspräsidenten geschlossen werden. Aber Aufgabe der kommenden Konferenz sei es, alle Fragen des Westpaks und seiner Rückwirkungen so weit zum Abschluß zu bringen, daß sie eben nur noch der Zustimmung durch die erwähnten Instanzen bedürfen, um die Vereinbarungen zum gültigen Vertrag zu machen. Eine zweite Konferenz der jetzt Beteiligten könne lediglich für die formelle Unterzeichnung in Betracht.

Der Meinungskampf ist besonders angeregt worden durch eine vom halbamtlichen Bureau heute veröffentlichte Meldung aus London über den Charakter der Paktkonferenz. Sie lautet:

„Zu der verschiedentlich ausgesprochenen Vermutung, die Konferenz werde nur vorläufigen Charakter besitzen, und es werde ihr eine Hauptkonferenz folgen, wird erklärt, daß dafür nicht der geringste Anlaß bestehe und daß dies vom britischen Standpunkt besonders unerwünscht wäre, da britische Minister in diesem Jahre so wie so wiederholt und lange Zeit von England abwesend gewesen seien. Die Juristen hätten bei ihren Londoner Besprechungen gute Arbeit geleistet und eine erhebliche Zahl technischer Fragen geregelt. Es sei also nicht einzusehen, warum die Arbeiten der Konferenz keinen abschließenden Charakter haben sollten.“

Ähnliche Anschuldigungen kommen aus Paris. Tatsächlich wird es wohl hauptsächlich darauf ankommen, wie die unzweifelhaft vorhandenen Gegensätze in der Konferenz aufeinanderstoßen und ob sie sich aneinander abschließen können. Deutschlands berechtigter Interesse dürfen nicht geschädigt werden — diesen Gesichtspunkt haben unsere Unterhändler zu wahren.

Inzwischen tagte der Auswärtige Ausschuss des Reichstages unter außerordentlich harter Beteiligung. Auch die Vertreter der Länder waren fast vollständig anwesend; ebenso nahmen teil Reichskanzler Dr. Luther und fast sämtliche Reichsminister. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt ein eingehendes Referat. Nachdem sich Redner sämtlicher Parteien geäußert, schloß die Sitzung. Die deutsche Antwort auf die Einladung zur Konferenz soll heute abend in den Hauptstädten der Alliierten übergeben und am Dienstag veröffentlicht werden.

Ueberreichung der deutschen Antwortnote.

Zu Paris, London und Brüssel.

Die deutsche Antwortnote auf die Einladung zum Sicherheitspakt ist am Sonnabend den alliierten Regierungen überreicht worden. In Paris empfing der deutsche Botschafter v. Goesch beim Generalsekretär des Quai d'Orsay, um die Antwort der deutschen Regierung zu übergeben. Im Anschluß an die Übergabe kamen verschiedene mit der Ministerbegegnung zusammenhängende Fragen zur Sprache. Die Unterredung dauerte etwa 1/2 Stunden. Der Botschafter hinterließ bei Berthelot ein Memorandum über seine Mitteilungen. Da Briand nicht in Paris ist und erst Montag zurückkehrt, wird Dr. v. Goesch am Montag nachmittag noch eine zweite Unterredung mit Briand selbst haben.

Ein ähnlicher Schritt wurde von dem deutschen Botschafter Chamberlain in London unternommen, der durch den englischen Außenminister selbst empfangen wurde. Auch der deutsche Gesandte in Brüssel v. Keller teilte dem belgischen Außenminister Vandervelde mit, daß die deutsche Regierung beschloßen habe, an der Konferenz der Außenminister über den Sicherheitspakt teilzunehmen.

Zustimmung im Auswärtigen Ausschuss.

Deutschnationale Beobachter auf der Konferenz?

Die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die sich mit der Annahme Deutschlands zur Paktkonferenz befaßte, dauerte etwa fünf Stunden. Nach dem einleitenden Referat des Außenministers Dr. Stresemann sprachen noch die Abgeordneten Müller-Franken von der Sozialdemokratie, Graf Westary von den Deutschnationalen, Datz von der Deutschen Volkspartei, Ruff-Fischer von den Kommunisten.

Dr. West von der Wirtschaftspartei, Graf Bernstorff von den Demokraten, von den Balthischen Graf Benckendorff, von der Bayerischen Volkspartei Graf Lerchenfeld, vom Zentrum Raas und von den Kommunisten Dr. Rosenberg. Wie gemeldet wird, sind die Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses im großen und ganzen befriedigend verlaufen. Alle Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, haben sich mit der Annahme der Einladung zur Paktkonferenz einverstanden erklärt, die Deutschnationalen mit den bekannten Vorbehalten. Gegen die Einladung haben sich nur die Kommunisten, die Balthischen und der Professor Dr. West von der Wirtschaftspartei vereinigung ausgesprochen.

Nach einer Meldung der Deutschen Zeitung soll die deutsche Delegation durch den Reichsinnenminister Schiele und die deutschnationalen Abgeordneten v. Lindner, Wildau und Leopold ergänzt werden. Diese Herren würden zwar nicht als Teilnehmer an der Konferenz selbst, sondern nur als Beobachter in dem Verhandlungsort während der Paktberatungen weilen und die Konferenz im Auftrage ihrer Partei überwachen.

Die Unterredung des deutschen Botschafters mit Briand.

Paris, 26. September. Botschafter v. Goesch hat in seiner gestrigen Unterredung mit Berthelot auch über die Kriegsschuldfrage gesprochen. Wie verlautet, wurde diese Tatsache sofort Außenminister Briand übermittelt, der deshalb den deutschen Botschafter um eine Zusammenkunft zu Montag ersuchen ließ.

Segt werden die Franzosen zu Barbaren.

Paris, 26. September. Der Gouverneur des Staates Wisconsin, Blaine, richtete an den Präsidenten Coolidge ein Telegramm, worin er erklärte, daß vor dem Beginn der Erörterung über die französischen Schulden Amerika von Frankreich fordern sollte, daß dieses den Krieg in Marokko einstelle. In der Depesche werden die Franzosen als Barbaren bezeichnet und beklagt, daß sie Frauen und Kinder mit dem Gelde töten, das sie Amerika schulden.

Nun also ist die Stunde gekommen, da gegen die Franzosen der Vorwurf erhoben wird, mit dem sie einst die Deutschen bedachten, um sie vor aller Welt moralisch tot zu machen. Die Welt lernt um.

Einsturz im Schacht I der Zeche „Daniel“.

Duisburg, 26. September. Auf Schacht I der Zeche Daniel bei Sterkrade ereignete sich am Freitag und Sonnabend ein großes Unglück. Am Freitagnachmittag machte sich auf der zweiten Sohle des 600 Meter tiefen Schachtes ein Wasserbruch bemerkbar, der sich am Sonnabend voll entwickelte. Ansehend ist, wie die Bergbaukommission festgestellt hat, das Unglück auf den Druck einer Schachtmauer zurückzuführen. Die Wasserfluten ergossen sich am Sonnabendmittag in den Schacht. Sechs Bergleute waren zur Zeit des Unglücks auf der ersten Sohle beschäftigt und wurden von der ungeheuren Wucht des Luftdrucks mehrere Meter weit fortgeschleudert. Außer einem Ambruch eines Bergmanns erlitten die Bergleute keine erheblichen Verletzungen. Sie konnten sich noch rechtzeitig vor den Wasser- und Schlammfluten in Sicherheit bringen. Die Wasserfluten mit ungeheurer Geschwindigkeit den ganzen Schacht unter Wasser und fanden dann durch einen Zugangsstollen den Weg zu den benachbarten Zechen. Die Zeche der Gutehoffnungshütte in Sterkrade und Osterfeld wurden stark gefährdet. Ein dieser Zechen der Gutehoffnungshütte wurde auf der untersten Sohle von den Schlammfluten in einer Höhe von 75 Zentimetern und mehreren Kilometern Ausdehnung überflutet. Ein Einsturz dieses Schachtes würde durch rechtzeitiges Abdämmen der Schlammfluten verhindert. Am Sonnabendnachmittag fürzte der Schacht der Zeche Daniel völlig ein. Die hier befindliche große moderne Förderanlage des Hauptbetriebsgebäudes und ein Teil der Nebengebäude sowie eine große Menge Maschinen veranken in den sich bildenden Schlamm- und Wassermassen, die ein Ausmaß von 70 bis 80 Metern im Durchmesser haben. Der Schacht ist vollständig zerstört. Auch Schacht II der Zeche Daniel ist stark gefährdet und man rechnet unter Umständen mit derselben Katastrophe.

Der Aufstand der Mongolen u. Buriaten am Baikalsee.

Moskau, 28. September. In der Provinz Selenga an den Ufern des Baikal ist ein Aufstand der Mongolen und Buriaten ausgebrochen. Diese zwei Stämme sind niemals, auch nicht in der Jarenzeit, zum Militär eingezogen worden. Die Sowjetregierung hat jetzt für sie die Militärpflicht eingerichtet. Diese Stämme, die aus religiösen Gründen sich weigern, Dienst mitzumachen, haben einen Protest herausgegeben, und als die Mil-